

**INHALT:**

---

**Stellungnahme**

der Landeskonferenz der  
Studierendenschaften M-V

zur

öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission  
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“  
am 4. November 2022

zum ersten Themencluster  
**„Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“**  
hierzu: KDrs. 8/9

---

27. Okt. 2022

26 KR

## Ausarbeitung zur Anhörung in der Kommission „Jung sein in M-V“

### *Rechtliches*

Die Beteiligung seitens der Studierendenschaften wird über das Landeshochschulgesetz geregelt. Dort werden die Aufgaben der Studierendenschaft festgelegt. Geschrieben steht dort §24 LHG: Aufgaben der Studierendenschaft ist es, die geistigen sowie kulturellen Interessen zu unterstützen, die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern, die Meinungsbildung in der Studierendenschaft durch geeignete Medien zu fördern. Dieser Ausschnitt aus dem LHG wird ergänzt durch die Legitimation einer Landeskonferenz der Studierendenschaften (LKS) M-V, die sich aus studentischen Vertreter\*innen aller Universitäten/Hochschulen aus Mecklenburg-Vorpommern zusammensetzt. Auf dieser Grundlage arbeiten die einzelnen Standorte in ihren studentischen Gremien dafür, dass sich die Studierenden für gesellschaftliche Themen einsetzen und diese bei Veranstaltungen kennenlernen. Die studentischen Gremien betreiben auf dieser Grundlage eine Einbindung der Studierenden in den gesellschaftlichen Diskurs und ermöglichen den Studierenden, von welchen fast 50 % nicht aus M-V stammen, sich in unserem Bundesland zu engagieren. Den Studierenden wird durch das LHG auch die Möglichkeit gegeben, sich hochschulpolitisch zu beteiligen. Damit wird eine erste Beteiligung erreicht, die sich an politischen Strukturen orientiert. Die gesetzlichen Grundlagen müssen jedoch mehr auf eine Beteiligung der Studierendenschaften in politischen Belangen setzen, damit dort auch ein Anspruch auf gegenseitige Kommunikation besteht. Durch diesen Austausch werden die Mitwirkungsrechte der Studierenden verbessert. Weiterhin könnte mit der Novellierung des LHG eine breite Möglichkeit des Engagements seitens der Studierendenschaft ermöglicht werden, womit die Aufgaben der Studierendenschaften auch auf gesellschaftliche Angelegenheiten abzielen, die noch einen Zusammenhang zur Hochschule enthalten.

### *Themenblock Qualitätskriterien*

Partizipation und Kommunikation sind die Schlagwörter. Die Studierenden müssen wissen, auf welcher Ebene sie sich engagieren können und welche Möglichkeiten auf welchen Ebenen existieren. Gerade weil knapp weniger als die Hälfte der Studierenden nicht aus M-V stammt, können diese Menschen nicht wissen, welche Möglichkeiten der Beteiligung es gibt. Das Aufzeigen der Möglichkeiten kann durch die Kommunen geschehen, kann aber am besten durch die studentischen Gremien bestmöglich umgesetzt werden. Wenn die Gremien bei der Arbeit weiter unterstützt werden, können diese durch verschiedene Ansätze die Studierenden zur Beteiligung anregen. Gerade weil die Studierenden in unserem Bundesland studieren wollen, brauchen sie die Möglichkeit an der Hochschule, um sich in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu integrieren. Durch das Engagement und die Partizipation an der Hochschule schafft man in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene eine Grundlage für die Breite gesellschaftliche Beteiligung außerhalb der Hochschule. Die Hochschulen bieten einen offenen, vielfältigen Raum, der weiter aktiv unterstützt werden muss.

Finanziell sollte einfach im Bereich Bildung nicht mehr gespart werden, weil genau dieses Bild der Politik in den Augen der Studierenden verbleibt. Unterstützung der Hochschulen und von gezielten Programmen des gesellschaftlichen Austausches können dort eine positive Entwicklung bewirken.

### *Beteiligung und Inklusion*

Die Beseitigung von Barrieren steht im Vordergrund. Die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen ist immens wichtig, wird aber durch Barrieren beschränkt. Das sind die offensichtlichen Barrieren aus dem normalen Alltag. Das sind allerdings auch Barrieren, die wir alle selbst schaffen. Wurde dieses Dokument so gestaltet, dass Menschen mit Beeinträchtigungen es ohne große Probleme verstehen können? Sind in der Anhörung Vertreter\*innen der Statusgruppen? Wir

können über das Thema Inklusion sprechen, aber niemand aus unserer Gruppe der LKS kann aus eigener Erfahrung sprechen, wie bessere Möglichkeiten aussehen würden. Daher ist der Appell, dass für diesen Prozess betroffene Menschen und ihre Interessenvertretungen aktiv einbezogen werden. Damit kann man die bestmögliche Inklusion schaffen.

Für uns Studierende ist Inklusion ein sehr wichtiges Thema. Wir setzen uns aktiv für eine Verbesserung der Beteiligung ein. Wir stehen dort an der Seite all unserer Kommiliton\*innen, dort existieren für uns keine Unterschiede.

#### *Was gibt es?*

Wir als Studierendenschaften fördern mit unseren Projekten die Beteiligung der Studierenden. Genaue Projekte können Sie unseren Informationsportalen entnehmen oder auf Nachfrage erhalten. Wir fördern auf Grundlage unserer finanziellen Möglichkeiten die Beteiligung, welche sich dann auch nicht auf den studentischen und universitären Bereich beschränken soll. Das Studium dient nicht allein des Lernens, sondern auch der Persönlichkeitsbildung und der eigenen Erkenntnis, wie sehe ich meine Rolle in der Gesellschaft. Das unterstützen wir auf vielfältige Art und Weise. Dort könnte der Austausch zwischen unterschiedlichen Akteur\*innen im Land einen Vorteil bringen, damit die Vernetzung über „unseren Tellerrand“ hinaus geschieht. Wir als Vertreter\*innen der Studierendenschaften wissen, dass wir auf unserer Grundlage Veranstaltungen initiieren. Der Austausch mit Expert\*innen aus anderen Gruppen oder Fachbereichen könnte eine erweiternde Möglichkeit bieten. Die Frage ist auch, mit welchen Beteiligungsformen erreicht man in der heutigen Zeit die jungen Menschen. Auch wir stellen fest, dass gerade nach Corona es schwierig ist, Beteiligung zu reaktivieren. Genau jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um die Beteiligungsformen zu evaluieren und welche Projekte man in Zukunft umsetzt, damit eine breite Beteiligung gelingt.

#### *Maßnahmen des Landes*

Weiterbildungsmöglichkeiten wären eine gute Hilfe. Viele Aktive brauchen auch den nötigen Background, um aktiv vor Ort Beteiligung initiieren zu können. Eine Möglichkeit des landesweiten Austausches wäre auch wünschenswert. Einige wissen vielleicht, was es für verschiedene Möglichkeiten im Land gibt, andere wiederum nicht. Die Implementierung eines landesweiten Austausches zwischen den Statusgruppen und Akteur\*innen der Jugendbeteiligung wäre eine sehr positive Maßnahme. Wir haben jetzt eine landesweite Initiative zur Beteiligung von jungen Menschen, die dann auch auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden muss. Der Schwung sollte genutzt werden, damit Maßnahmen ins Land hereingebracht werden. Die gegenseitige Unterstützung kann in diesem Falle sehr viel bewirken, es geht also um ein großes Miteinander nicht unbedingt um immer mehr finanzielle Mittel, die ohne einen konkreten Plan verteilt werden. Wir als Studierende wären auch froh, wenn man uns aktiv an Prozessen beteiligt, weil man gerade aus der Coronazeit kommt, in der wir als Statusgruppen nun mal auch stark ignoriert bzw. vergessen wurden.

#### *Zugang und Motivation für gesellschaftliches Engagement*

Ich schätze, dass gerade die Gruppe der Studierenden ein hohes Interesse an gesellschaftlichen Vorgängen hat. Die Frage ist nur, wie bekommen wir dieses Interesse auf aktive Beteiligung umgemünzt. Wir haben da die schlechte Wahrnehmung der Probleme unserer Statusgruppe. Wenn man selbst aus dem aktiven Prozess der Entwicklung ausgeklammert wird, hat man auch selbst keine Ambitionen mehr, sich zu beteiligen. Dann die Hervorhebung des Ehrenamtes. Dort hat das Land einiges getan, aber gerade die ehrenamtliche Beteiligung muss aktiv belohnt werden. Auch wenn Ehrenamt die Freiwilligkeit beinhaltet, müssen wir die Wertschätzung in der Masse besser implementieren. Die Aufklärung über die Möglichkeiten läuft über die Teilnahme an Veranstaltungen, die nicht als reine Infoveranstaltungen angesehen werden. Wenige gehen zu einem Vortrag über die

gesellschaftliche Beteiligung in Schwerin. Eine andere Form der Beteiligung muss in Betracht gezogen werden. Darauf folgend muss der Prozess evaluiert werden. Die Evaluation der Maßnahmen zeigt dann ihre Wirksamkeit und schafft Klarheit, welche weiteren Stellschrauben vielleicht noch genutzt werden müssten, damit eine bessere Beteiligung geschieht.

Auch ein wichtiges Thema dabei ist die Politikverdrossenheit. Diese hat auch aktive Auswirkungen auf die Beteiligung von jungen Menschen. Die Resignation bei diesem Thema muss verhindert werden, die aktive politische Beteiligung ist ein Thema, welche von Beginn an in allen Bereichen im Hintergrund mitschweben muss. Nur so kann verhindert werden, dass wir dann Menschen in unserer Gesellschaft haben, die den Sinn der Beteiligung nicht mehr erblicken, weil „sich eh nix ändert“. Die Beteiligung kann nur funktionieren, wenn die Kanäle offen sind und auch wirklich alle Meinungen gehört werden. Jede Meinung, egal wie viel Kritik sie beinhaltet, ist eine Meinung, die gehört werden muss. Durch die breite Beteiligung, die irgendwo ankommt, erhält man die Bestätigung, dass die eigene Stimme nicht egal ist.

### *Maßnahmen*

Von unserer Seite ist es sehr wichtig, dass Maßnahmen in einem Prozess, wie es diesen jetzt gibt, entwickelt werden. Gemeinsam können wir Maßnahmen entwickeln, die einen Querschnitt schaffen, der unsere einzelnen Bereiche miteinander verbindet. Die Kommunikation mit den Vertreter\*innen der Statusgruppen muss aktiv betrieben werden. Es ist immens wichtig, dass sich alle Gehör verschaffen können. Es ist sehr wichtig, dass eine breite Kommunikation entwickelt wird, damit aus allen Bereichen des Landes Meinungen eingeholt werden können. Das würde einen fortlaufenden Prozess der Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung schaffen. Auch wäre es wichtig, direkte Formate zu schaffen, dass junge Menschen ihre Probleme offen darlegen können und ihre eigenen Wünsche zu „Jung sein in MV“ mitteilen können. Wir als Vertreter\*innen von Studierenden müssen für konkrete Ideen an unsere Studierenden herantreten. Die direkte Ansprache von einzelnen Menschen ist es nämlich, die bei vielen fehlt. Viele trauen sich nicht oder schätzen die Gegebenheiten falsch ein. Durch eine direkte Erfahrung eröffnet man den Menschen eine bessere Möglichkeit der individuellen Einschätzung. Wichtig ist dabei, dass wir Gleichheit zwischen allen Menschen schaffen. Menschen, die durch soziale Begebenheiten benachteiligt sind, müssen durch die aktive Unterstützung in den Prozess der Beteiligung gezogen werden. Gerade dort braucht es finanzielle Unterstützung des Landes, damit auch Jugendbeteiligung in Räumen funktioniert, wo die soziale Benachteiligung leider existiert.

Vor allem ist es nicht möglich, gerade nach Corona, von jetzt auf gleich eine bessere Beteiligung durchzuführen. Daher muss der Prozess der besseren Beteiligung von jungen Menschen ein stetiger Prozess sein. Zur aktiven Beteiligung sollten verschiedene Arten genutzt werden: kommunale Foren, Abendveranstaltungen, offene Diskussionsrunden, Planspiele, usw. Dort sollte man sich der ganzen Palette an Möglichkeiten bedienen, damit alle Menschen die Möglichkeit haben, sich in den Rahmen zu beteiligen, den sie für angemessen halten.

### *Schule*

Demokratiebildung gehört in die Schule und ins Studium. Die Lehrkräfteausbildung muss dort einen verpflichtenden Teil beinhalten, der dieses Thema aktiv aufgreift. Die Demokratie lebt nur, wenn sie auch aktiv betrieben und diskutiert wird. Das muss in der Schule geschehen, muss aber eine Grundlage haben. Gerade die Integration der Demokratiebildung in den Ausbildungsprozess der Lehrkräfte würde eine Sensibilisierung für die politische Neutralität schaffen. Die Ausbildung der Lehrkräfte muss auch dort ein Augenmerk haben. Diese Gestaltung kann jetzt in der Novellierung des Lehrerbildungsgesetz aufgenommen werden.

*Digitale Partizipation*

Wäre für MV als Flächenland perfekt, wenn das mit dem Internet auf dem Land mal klappen würde (da können sich die Fraktionen mal alle an die Nase fassen). Die Grundlage der Beteiligung ist die Möglichkeit der reibungslosen Teilnahme an digitalen Formaten. Dann stellt digitalen Austausch nix im Wege. Die Frage ist eher, will man jetzt davon ausgehen, dass die digitale Ausstattung gut genug dafür ist und damit planen?

Digitale Runden können eine Partizipation schaffen, gerade weil viele Jugendliche nicht die Möglichkeit haben, über viele Kilometer in Austausch mit anderen zu treten. Das ist die oben genannte Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. Die Welt ist nun mal auch eine digitale Welt, daher sollte man sich dort den digitalen Möglichkeiten öffnen.